

Mag. Alexander Schallenberg

Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Wien, am 28. August 2023

GZ. BMEIA-2023-0.486.874

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen haben am 28. Juni 2023 unter der Zl. 15429/J-NR/2023 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Pushbacks in Griechenland – mit welcher Konsequenz?“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3, 6, 7, 9, 10 und 15:

- *Seit wann sind Sie in Kenntnis des 2022-Berichts des Anti-Folterkomitees des Europarats? Welche Maßnahmen haben Sie in der Folge jeweils wann gesetzt, um deren Empfehlungen nachzukommen?*
- *Wann haben Sie von den Videoaufnahmen in den New York Times, die ein Pushback belegen, Kenntnis erlangt? Welche Maßnahmen haben Sie in der Folge wann gesetzt?*
- *Welche Konsequenz hat der Beweis eines Pushbacks in Griechenland auf die bilaterale Kooperation zwischen Österreich und Griechenland?*
- *Welche Forderungen stellten Sie im Rahmen der bilateralen Kooperation an die griechischen Vertreter:innen und Behörden hinsichtlich des Umgangs mit Asylsuchenden und Migrant:innen?*
Haben Sie je aktiv die Einhaltung der Menschenrechte gefordert?
Wenn ja, wann, mit wem und mit welchem Ergebnis?
Wenn nein, warum nicht?
Haben Sie je das Thema Pushbacks an der griechischen-türkischen Grenze thematisiert bzw. mit griechischen Vertreter:innen und Behörden besprochen?

Wenn ja, wann, mit wem und mit welchem Ergebnis?

Wenn nein, warum nicht?

- *Fordern Sie aktuell im Rahmen der Kooperation mit Griechenland die Einhaltung welcher Menschenrechte von Asylwerber:innen oder Migrant:innen? das Unterlassen von Pushbacks?*
Wenn nein, wie lauten die Forderungen an Griechenland im Rahmen der gemeinsamen Kooperation?
- *Wann waren Sie zuletzt mit Vertreter:innen Griechenlands zu den Themen Asyl, Migration und Grenzmanagement im Austausch?*
Mit wem?
Zu welchen Themen konkret?
Mit welchen Ergebnissen?
- *Erkundigten Sie sich aktiv über Pushbacks an Griechenlands Grenzen oder an anderen EU-Außengrenzen?*
Wenn ja, was war das Ergebnis (bitte nach Grenze aufschlüsseln)?
- *Setzen Sie sich dafür ein, dass es im Falle von Bootstragödien wie am 14. Juni 2023 zu unabhängigen Untersuchungen auf europäischer Ebene kommt?*
Wenn ja, inwiefern?
Wenn nein, warum nicht?

Ich bin regelmäßig mit meinen griechischen Amtskollegen in Austausch, zuletzt am 2. Mai 2023 mit dem damaligen Außenminister Nikos Dendias in Wien. Bei diesem Treffen wurden u. a. die europäische Migrationspolitik sowie der gemeinsame Kampf gegen das Schlepperwesen thematisiert. Faktum ist, dass jedes Jahr Zehntausende versuchen, die EU-Außengrenzen illegal zu überqueren. Gerade die Mittelmeerstaaten sind hier seit Jahren besonders betroffen. Griechenland kommt somit eine Schlüsselrolle beim Schutz unserer gemeinsamen Außengrenze zu.

Unser gemeinsamer Zugang ist, dass alle Personen, die Schutz brauchen, diesen auch bekommen sollen. Darüber hinaus ist es unser europäischer Ansatz, dass Menschen gar nicht erst in eine missliche Situation an der Außengrenze gebracht werden. Um die illegalen Migrationsströme unter Kontrolle zu bringen, ist unsere Hilfe vor Ort sowie eine effektive EU Politik mit Herkunfts- und Transitländern, insbesondere in Afrika, essentiell.

Österreich tritt auf europäischer Ebene für die umfassende Einhaltung von Europa- und Völkerrecht ein und geht davon aus, dass sich auch andere EU-Mitgliedstaaten gleichermaßen umfassend an die einschlägigen Bestimmungen halten. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) hat vollstes Vertrauen in die zuständigen griechischen Behörden, dass sie den im Raum stehenden Anschuldigungen auch entsprechend nachgehen. So leitete die zuständige griechische Staatsanwaltschaft bereits Ermittlungen zum Bootsunglück ein, und der griechische Premierminister Kyriakos Mitsotakis ordnete eine Untersuchung im Fall der Videoaufnahmen an, die in der New York Times

veröffentlicht wurden. Es obliegt letztlich der Europäischen Kommission als „Hüterin der Verträge“, die Einhaltung der geltenden unionsrechtlichen Bestimmungen in den Mitgliedstaaten zu prüfen. Mein Ressort hat Kenntnis über den Gesamtbericht des Komitees des Europarats zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) über seine Tätigkeit für das Jahr 2022, sowie über die gegenständlichen Videoaufnahmen die in der New York Times veröffentlicht wurden.

Zu den Fragen 4 und 5:

- *Haben Sie sich je für ein Menschenrechtsmonitoring an der EU-Außengrenze Griechenlands eingesetzt?*
Wenn ja, wann und was beinhaltete Ihr Vorschlag konkret?
Wenn nein, warum nicht?
- *Haben Sie sich je für die Stärkung der Kontrollbefugnisse der Frontex-Menschenrechtsbeauftragten eingesetzt?*
Wenn ja, wann und wem gegenüber?
Wenn nein, warum nicht?

Österreich fordert im Rahmen der Universellen Periodischen Staatenprüfung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen die zu überprüfenden Staaten an den EU-Außengrenzen regelmäßig dazu auf, sicherzustellen, dass die jeweilige Grenzverwaltung mit menschenrechtlichen Verpflichtungen im Einklang steht. Gemäß Art. 109 der Frontex-Verordnung (EU) 2019/1896 überwacht der Frontex-Grundrechtsbeauftragte die Einhaltung der Grundrechte durch die Agentur und fördert deren Achtung. Eine allfällige Revision der Verordnung fällt nicht in die Vollziehung meines Ressorts.

Zu Frage 8:

- *Welche Sach- oder Geldleistungen wurden an Griechenland im Rahmen der bilateralen Kooperation geliefert? Bitte um Angaben nach Jahr seit 2020 und Verwendungszweck.*
Zu welchen Kosten?

Das BMEIA hat die Kosten des Projekts von SOS Kinderdorf zur Tagesbetreuung im Lager Kara Tepe II auf Lesbos übernommen. Seit Beginn des Projekts im Frühjahr 2021 wurden dort über 500 Kinder im Alter von 4 bis 14 Jahren betreut. Sie erhielten Unterricht in Fächern wie Englisch, Griechisch und Mathematik sowie psychologische Betreuung. Im Jahr 2021 wurden dafür von meinem Ressort 623.615,44 Euro an SOS Kinderdorf ausgezahlt, im Jahr 2022 370.024,04 Euro.

Zu den Fragen 11 bis 13:

- *Mit welchen Maßnahmen unterstützen Sie die Aufarbeitung der Pushbacks an den EU-Außengrenzen Griechenlands?
Wie haben Sie sich im Frontex-Verwaltungsrat diesbezüglich positioniert?
Was wird auf EU-Ebene in welchen Gremien diesbezüglich gefordert?*
- *Gab es Gespräche auf europäischer Ebene
zu Pushbacks durch EU Mitgliedsstaaten, seit der Veröffentlichung des Pushback-Videos durch die New York Times?
Wenn ja, wann und in welchen Gremien?
Wenn ja, mit welchem Inhalt?
Wenn ja, welche Position hat Österreich in den Gesprächen vertreten?
Wenn ja, mit welchem konkreten Ergebnis bzw. welche Maßnahmen wurden beschlossen?
zur Verhinderung von Bootstragödie und Ertrinken von Menschen auf der Flucht im Mittelmeer, seit der Tragödie des 14. Juni?
Wenn ja, wann und in welchen Gremien?
Wenn ja, mit welchem Inhalt?
Wenn ja, welche Position hat Österreich in den Gesprächen vertreten?
Wenn ja, mit welchem konkreten Ergebnis bzw. welche Maßnahmen wurden beschlossen?*
- *Haben Sie auf anderen Ebenen, Gremien bzw. mit weiteren Akteur:innen Gespräche gesucht
zu Pushbacks, seit der Veröffentlichung des Pushback-Videos durch die New York Times?
Wenn ja, wann und in welchen Gremien bzw. mit welchen Akteur:innen?
Wenn ja, mit welchem Inhalt?
Wenn ja, welche Position hat Österreich in den Gesprächen vertreten?
Wenn ja, mit welchem konkreten Ergebnis bzw. welche Maßnahmen wurden beschlossen?
Wenn nein, warum nicht?
zur Verhinderung von Bootstragödie und Ertrinken von Menschen auf der Flucht im Mittelmeer, seit der Tragödie des 14. Juni?
Wenn ja, wann und in welchen Gremien bzw. mit welchen Akteur:innen?
Wenn ja, mit welchem Inhalt?
Wenn ja, welche Position hat Österreich in den Gesprächen vertreten?
Wenn ja, mit welchem konkreten Ergebnis bzw. welche Maßnahmen wurden beschlossen?
Wenn nein, warum nicht?*

Ich verweise auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. PA 15430/J-NR/2023 vom 28. Juni 2023 durch den Bundesminister für Inneres.

Zu Frage 14:

- *Wie hoch ist das Budget Österreichs für Seenotrettung seit 2015? Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr.
In welchen Untergliederungen, Global- und Detailbudgets wurde dieser Budgetposten veranschlagt?*

Ein koordinierter europäischer Zugang ist einem bilateralen auch in diesem Bereich vorzuziehen, nicht zuletzt unter dem Aspekt des effizienten Einsatzes von Steuermitteln. Maßnahmen zur Rettung von Menschen aus Seenot werden durch zahlreiche Projekte der EU mit den betroffenen Drittstaaten gefördert, darunter sind Projekte für Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien.

Mag. Alexander Schallenberg